

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Nr. 133.

Donnerstag, 22. Februar.

1883.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. S. Alrich & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei J. Streisand, in Meseritz bei H. Mathias, in Breschen bei J. Jadesohn.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. F. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Porto 20 Pf. Die sechsgehaltene Beilage oberer oder unterer Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 21. Februar. Der Kaiser hat den Regierungssaffessor Jling zum kaiserlichen Kreisdirektor in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen ernannt.
Der König hat dem Kreiswundarzt des Kreises Solberg-Coerlin, Dr. med. Kögel zu Kolberg den Charakter als Sanitätsrath verliehen.
Am Real-Programm zu Gumbinnen ist der ordentliche Lehrer Dr. Müller zum Oberlehrer befördert worden.
Der in die erste Pfarrstelle zu Gumbinnen berufene Superintendent Hobeck, bisher in Friedland, ist zum Superintendenten der Diözese Gumbinnen bestellt worden.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

31. Sitzung.

Berlin, 21. Februar. Am Ministerische: von Puttkamer, Scholz, Dr. Friedberg, Dr. Lucius.
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.
Eingegangen ist von dem Abg. Lassen (Däne) ein Entwurf, betr. die Unterrichtssprache, sowie den Unterricht in deutscher Sprache in den nordschleswigschen Volksschulen.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzes betr. den Erlass der vier untersten Stufen der Klassensteuer und die Besteuerung des Vertriebes von geistigen Getränken und Tabakfabrikaten.
Auf den Vorschlag des Präsidenten wird zuerst der zweite Teil des Gesetzes, betr. die Besteuerung der geistigen Getränke z. (Lizenzsteuer), umfassend die §§ 5-36, zur Debatte gestellt. Es meldet sich jedoch Niemand zum Wort, und diese Paragraphen werden mit allen Stimmen gegen die weniger Konserverativen, darunter die Abgg. von Seydebrand und von Hammerstein, abgelehnt.

Sodann kommt § 1 zur Beratung. Nach dem Vorschlage der Regierung sollten die vier untersten Stufen der Klassensteuer beseitigt und die Verpflichtung zu ihrer Zahlung erst bei einem Einkommen von 1200 Mark beginnen. Die Kommission schlägt dagegen vor, nur die beiden untersten Stufen aufzuheben, sobald die Verpflichtung zu ihrer Entrichtung schon mit einem Jahreseinkommen von 900 Mark anfängt. Ferner beantragt die Kommission dazu folgenden Zusatz als Abschnitt II.: „Drei Monatsraten der Stufen 3 bis 12 der Klassensteuer, zwei Monatsraten der ersten und eine Monatsrate der zweiten Stufe der klassifizierten Einkommensteuer bleiben fortan außer Zahlung, und zwar im Monate Juli bzw. in den darauf folgenden Monaten.“
Dazu liegt folgender Antrag des Abg. v. Hammerstein vor:

Das Haus der Abgeordneten möge beschließen:
1. Abt. II. des § 1 zu streichen;
2. dafür dem § 1 folgenden Absatz II. zuzufügen:
„Vom 1. April 1883 ab wird bis auf Weiteres zu dem Steuerjahre der 9. bis 14. Einkommensteuerrufen ein Zuschlag von 15 Prozent, zu dem Steuerjahre der 15. bis 22. Einkommensteuerrufen ein Zuschlag von 20 Prozent, zu dem Steuerjahre der 23. und höherer Einkommensteuerrufen ein Zuschlag von 25 Prozent erhoben.“

Abg. Frhr. v. Hammerstein: Jeder, der das Resultat der Kommissionsberichte liest, wird erstaunt sein über das, was aus der Vorlage geworden ist. Aus einem großartig gedachten und sozialpolitisch begründeten Steuererlass ist ein kleiner Abstrich der Klassensteuer hervorgegangen, der die reichen Leute sehr sorgfältig schont. (Sehr richtig! rechts.) Die organische Steuerreform, die von fast allen Seiten als notwendig betont wurde, ist seinen Schritt vorwärts gekommen. Nachdem in der ersten Lesung gegen den Erlass von drei, ja vier Stufen auch von liberaler Seite nichts einzuwenden war, nachdem in der Kommission von national-liberaler Seite dasselbe ausgesprochen war, der Vertreter des Zentrums sich zwar nicht offen geäußert, aber sich bereit erklärt hatte, so viel wie möglich zu erlassen, durfte die Regierung wohl auf eine Mehrheit für einen solchen Erlass rechnen. Und der Herr Finanzminister, der in der Generaldebatte erklärt, daß eine Ridgungsmachung der einmaligen Steuererlasse ohne zwingende Gründe undenkbar sei, und ferner, daß die Staatsregierung den Weg eines organischen Ausbaues der Klassensteuer nicht wolle, kam soweit entgegen, daß er diese beiden Voraussetzungen aufgab — da wurde der Antrag auf Aufhebung der vier untersten Stufen abgelehnt, „aus finanzpolitischen Gründen“. Ich halte nun zwar den Gedanken, die Arbeiter ganz von der Besteuerung zu befreien, nicht für richtig, weil derselbe, obgleich die direkte Steuer unlegbar eine stärkere Belastung der unteren Klassen herbeigeführt hat, doch noch oft mehr übrig hat, als der Mittelstand, der schon etwas repräsentieren muß. Allein weil wir eine fortwährende Abbröckelung des direkten Steuersystems nicht wollen, sind wir bereit, den ersten, aber auch den letzten Schritt nach dieser Richtung hin zu thun, weil man uns eine organische Reform zugesichert hat. Ich weiß, daß ich mich in Gegensatz stelle zu einigen Konserverativen außerhalb des Hauses wie Herrn v. Mirbach, der die ganze direkte Steuer aufheben will. Ich bin aber der Meinung, daß bei weiterer Ausdehnung des indirekten Steuersystems in der direkten Besteuerung allein das Korrektiv zu einer gleichmäßigen Belastung liegt. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube, die Gesetzgebung magend sein konnten. Steuerfragen sind weiter nichts als Nachfragen, und diejenige Bevölkerungsklasse, die die politische Macht hat, gebraucht dieselbe rücksichtslos, um ihre Lasten auf andere Klassen abzuwälzen. Wenn man überhaupt sozialpolitische Maßregeln treffen will, muß sich die besitzende Klasse entschließen, Opfer zu bringen. (Sehr richtig! rechts.) Von diesem Gedanken geht auch die kaiserliche Hofkammer aus, wenn sie die Fürsorge für die Armen und Hilfsbedürftigen dem Staate zuweist. Denn der Staat und die Unterthanen sind ganz dasselbe. Aus allen diesen Gründen nehme ich den Antrag der Regierung wieder auf. Man hat nun eingewendet, daß die Einkommensteuer zu unsicher veranlagt sei, um als Maßstab für eine proportionalen Steigerung zu dienen. Allen die Zuschläge für die Kommunalbesteuerung, die doch am Rhein bisweilen 700 Prozent betragen, sind doch auch darnach berechnet; da kann doch ein Zuschlag von 15 bis 20 Prozent nicht zu so großen Unzulänglichkeiten führen. Ich schließe mich der Warnung des Herrn Ministers an, die aus finanzpolitischen Gründen Jaghaften an und den Herrn Minister in diese Angelegenheit ein. (Lebhafter Beifall rechts.)

Finanzminister Scholz: Ich habe mich enthalten, bei § 5 zu sprechen, weil es für das Haus keine Bedeutung hätte. Ich kann nur wiederholen: die Einwendungen haben die Regierung keineswegs überzeugt, daß ihr Vorschlag der Erhebung der Steuer von geistigen Getränken z. nicht der beste von allen, die man bisher gemacht hat, ist. Sie beklagt es, daß mit der Ablehnung ihres Antrages eine Aenderung in der Steuerpolitik eingetreten ist. — Herr v. Hammerstein hat das Resultat der Kommissionsberatungen viel ungünstiger dargestellt, als es wirklich ist. (Hört, hört! links.) Er hat die Regierungsvorlage wohl nur um einen oratorischen Effekt zu erzielen, (Ob! rechts!) weit über ihren Werth erhoben und das Ergebnis der Kommissionsberatungen herabgesetzt. Die Kommission hat mit aller Würdigung der Ziele der Regierung versucht, etwas Positives zu Stande zu bringen. Wenn ich das Resultat im Ganzen akzeptiere, so geschieht es, weil es die Hauptabsicht der Regierung war, das Uebel der Steuerexekution zu beseitigen. Von dem Augenblicke an, wo die Regierung bei den Repressivmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie erklärt hat, nicht bloß bei der Negative verbleiben, sondern die Lasten des Volkes erleichtern zu wollen, hat die Regierung die Verpflichtung gehabt und versucht, — und das ist der Initiative des Fürsten Bischoff zu verdanken — die Milderung der Steuerexekutionen herbeizuführen. Die Vorschläge der Kommission aber beseitigen 85 pCt. dieser Exekutionen, und deshalb weist die Regierung diesen Vorschlag nicht zurück. (Beifall links.) Es befriedigt das die Regierung nicht vollkommen, sie wird in der Folge versuchen, weiter zu geben, für den Augenblick aber nimmt sie, was ihr geboten wird. Das steht mit meinen Erklärungen bei der ersten Lesung auch nicht in Widerspruch, denn damals erklärte ich, daß die Regierung nur ein viel weiter gehendes Projekt der Kommunalsteuer ablehnen würde. Jetzt fragt es sich, ob es richtiger ist, die alten Steuerstufen bestehen zu lassen und damit auch die Million Exekutionen zu erhalten, oder dem Uebelstande sobald als möglich abzuhelfen. Diese Frage hat die Regierung einstimmig zu Gunsten des Letzteren entschieden. — Was die Resolution der Kommission betrifft, so will sie die Erläuterung geben, in welchem Sinne die Vorschläge der Kommission gemeint sind. Nun ist gewünscht worden, daß diese Resolution den Charakter einer Vereinbarung zwischen Haus und Regierung annehmen möge. Aber der Natur der Sache nach ist es fast ausgeschlossen, über eine derartige Jurisdiction ein förmliches Uebereinkommen zu treffen. Von anderer Seite wurde gesagt, die Resolution würde durch ihr Gewicht von Einwirkung auf die Staatsregierung sein, zumal bei der Gewissheit, daß sie bei einer weiter gehenden Beseitigung der Personalsteuern von keiner Seite auf Unterstützung zu rechnen habe. Der Beschluß, das erkenne ich an, wird das Schwerkrieg haben, die Regierung gegen ihren ursprünglichen Wunsch zu veranlassen, den Versuch, die Personalsteuern zu beseitigen, aufzugeben. Sie sieht vielmehr ein, daß sie mit der Beibehaltung derselben für weitere Zeit zu rechnen hat und wird sie deshalb so zu gestalten suchen, daß sie in befriedigender Weise wirken. — Was nun die Schaffung der Mittel zur Befreiung der unteren Stufen betrifft, so bitte ich Sie zu erwägen, daß die Kommission den ganzen Erlass beibehält, einen milden Uebergang vorschlägt, ferner, daß die Regierung die beibehaltenen Theile der Kommunalsteuern ausbauen will. In einem solchen Augenblicke scheint es mir nicht richtig zu sein, eine vorübergehende interimistische Einrichtung zu treffen, wie sie Herr v. Hammerstein vorschlägt. Die Aufbringung der Mittel geschieht wohl besser durch die Beibehaltung der normalen Maßregeln, als durch Schaffung anomaler. Einem solchen Provisorium kann ich keinen Werth beilegen. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Richter: Es ist gewiß noch nicht dagewesen, daß der Finanzminister von der linken Seite applaudirt und von der rechten mit Zischen begrüßt wird. (Zustimmung links.) Es ist eine Thatfache, daß die Kommission in wenigen Wochen etwas hergestellt hat, wodurch alle Parteien des Hauses mit wenigen Ausnahmen zufriedengestellt werden; und es war wirklich nicht notwendig, daß der Herr Reichskanzler im vorigen Jahre im Reichstag jene aufsteigende Rede über die Steuerexekutionen hielt, in der er das preussische Abgeordnetenhaus als verlos charakterisierte. Gätte uns die Regierung früher einen ähnlichen Gesetzentwurf vorgelegt, dann wären schon längst 85 pCt. aller Steuerexekutionen beseitigt. Herr v. Hammerstein erklärt, daß dieses Gesetz in die Reihe der in Aussicht genommenen sozialpolitischen Maßregeln falle. Wir können Ihren Maßnahmen so lange nicht zustimmen, als Sie von den alten preussischen Traditionen abfallen und die notwendigen Lebensmittel besteuern, was Friedrich der Große, welcher sich den Abvokat der Armen nannte, nicht zuließ, was übrigens früher auch Abg. Wagner in seinen Büchern ausdrücklich verworfen hat. Herr von Hammerstein nennt den Vorschlag der Kommission eine kleine Maßregel, wo doch von 5 Millionen Jenseits vier Fünftel von der Steuer befreit werden. Wir sind anderer Ansicht. Auch der Vorwurf, daß wir die wohlhabenden Klassen besonders schonen wollen, ist absolut unbegründet; wir wollen dieselben unbedingt mehr heranziehen, aber darum mißbilligen wir eben den mechanischen Vorschlag des Herrn von Hammerstein. Auch Herr von Rauchhaupt war vor 10 Jahren der wärmste Anhänger der direkten Steuern, und wenn Sie an Ihre Vergangenheit denken, müßten Sie in Ihren Vorwürfen etwas bescheidener sein. Wir haben den Exekutor ebenso sehr wie die rechte Seite und wie der Herr Reichskanzler, aber wir können uns nicht entschließen, auch die 3. und 4. Stufe zu befreien, da man nicht weiter in dieser Beziehung gehen soll, als absolut nötig ist. Für die beiden untersten Stufen macht die Erhebung der Steuer aber so viele Unkosten und Schereien, daß hier die Aufhebung unbedingt erfolgen mußte. Der Abg. v. Rauchhaupt hat uns in der ersten Lesung für die hohe Zahl der Exekutionen verantwortlich gemacht, da wir die Aufhebung der Wahl- und Schlachtsteuer verlangt haben. Da möchte ich doch daran erinnern, daß nicht die Liberalen, sondern gerade die Konserverativen und vor Allem die Agrarier unter Führung des Herrn Eisner v. Gronow im Namen der Gerechtigkeit diese Aufhebung gefordert haben. Allerdings waren wir Liberale damals mit der Rechten derselben Ansicht. — Wir freuen uns, daß es der Kommission gelungen ist, etwas so Befriedigendes fertig zu stellen und ich bitte Sie, möglichst einstimmig die Vorlage anzunehmen, worin die Regierung eine dringende Mahnung sehen wird, von weiteren Versuchen der Abbröckelung der direkten Steuern abzulassen. (Beifall links.)

Abg. Büchtemann erklärt sich Namens der Fortschrittspartei ebenfalls für den Erlass der beiden untersten Stufen der Klassensteuer, da diese zu sehr belastet sind, besonders in Folge der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel. Auch wir legen Werth darauf, daß die Vorlage mit möglichst großer Majorität angenommen wird, um eine weitere Abbröckelung der direkten Steuern zu verhindern. Abg. von

Hammerstein hat Recht darin, daß die Besitzenden Opfer bringen müssen, aber warum wollen denn dann die Konserverativen durchaus eine Ermäßigung der Grundsteuer? Wollen sie nur die mobilen Werthe zu einer höheren Steuer heranziehen? Neben der Einkommensteuer haben die Consiten in den Städten noch eine hohe Kommunalsteuer zu tragen, und da würde die Annahme des Antrages des Abg. v. Hammerstein, in so mechanischer Weise die Steuern zu erhöhen, diese städtischen Consiten sehr hart treffen. Außerdem lebt sich die Kommunalsteuer-Gesetzgebung überhaupt sehr eng an die Staatssteuer-Gesetzgebung an, darum halten wir es für sehr bedenklich, über die 1. und 2. Stufe mit dem Erlass hinauszuweisen, während für die Abschaffung der 1. und 2. Stufe auch zahlreiche technische Gründe vorliegen. Es ist also mit Freuden zu begrüßen, daß die Kommission uns jetzt greifbare, detaillierte Vorschläge gemacht hat, und es ist eine Leistung der Volksvertretung, nicht der Regierung, daß gezeigt wird, wie man helfen kann, ohne außerdem irgend welche unnütze Hoffnung zu erwecken. (Beifall links.)

Abg. v. Bennigsen: Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß in einer Frage, wo die Ansichten seit Jahren zwischen der Regierung und den Parteien des Hauses so einander gingen, um ganz unerwarteter Weise eine Verständigung erzielt worden ist. Die Rede und den Antrag des Abg. von Hammerstein sehe ich nur als ein Rückschlag an; auch dem Feinde soll man goldene Brücken bauen. Ich bin, wie ich in der ersten Lesung bereits erklärt, nur für die Aufhebung der 1. und 2. Stufe, hier muß die Fäsur gemacht werden und darüber hinauszuweisen halte ich für um so bedenklicher, als wir noch Geld für viele Staatsbedürfnisse nötig haben. Deshalb haben wir auch alle das dringende Interesse daran, daß das direkte Steuersystem im Wesentlichen intact erhalten werde. Ich danke der Staatsregierung, daß sie eine so entgegenkommende Erklärung abgegeben hat; wir haben jetzt einen festen Boden für die Umgestaltung der Personalbesteuerung und damit etwas Großes erreicht. Der gesunde Menschenverstand und der Patriotismus hat den Sieg über das Parteinwesen davongetragen, und ich bitte Sie, nehmen Sie den Vorschlag der Kommission möglichst einstimmig an. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Unsere Freunde haben bereits in der ersten Lesung durch Herrn v. Schorlemer ihre Ansicht dargelegt, und es freut mich, daß unsere Auffassung durch die Kommission approbirt worden ist. Wir haben allerdings in der Kommission nicht Vollkommenes geleistet, aber unter den gegebenen Verhältnissen jedenfalls das Erreichbare, und nach der Erklärung des Ministers wünsche ich, daß die Vorlage der Regierung mit möglichstst Majorität angenommen wird. Das Resultat, das wir erreichen, ist doppelt willkommen, einmal wegen der materiellen Erleichterung und dann auch, weil wir ausdrücklich dem Zolltarif nur zugestimmt haben, wohl wissend, daß gerade die unteren Klassen davon getroffen werden, unter der Bedingung, daß ihnen dafür bei den direkten Steuern eine Erleichterung zu Theil werde. Ich erkenne an, daß der Reichskanzler diesen Schritt energisch gefördert hat, aber er war nicht der erste. Wir wären ganz gern für die Befreiung der dritten und vierten Klasse, aber ernste Bedenken veranlassen uns davon abzusehen. Herr v. Hammerstein's Vorschlag ähnelt dem Vorgehen des heil. Erskins, aus fremdem Leber für Andere Schube zu fertigen. (Heiterkeit.) Ich wünsche, daß das Einkommen voll und ganz versteuert werde, das wird aber durch diesen Vorschlag nicht erreicht, wir müssen vielmehr warten bis zu einer organischen Steuerreform. Ich bitte Sie darum, den Kommissionsanträgen beizustimmen.

Darauf wird die Debatte geschlossen und nach Ablehnung des Antrages v. Hammerstein § 1 angenommen.

Ein von der Fortschrittspartei beantragter § 1a, welcher die Reklamationen innerhalb des Steuerjahres betrifft, wird, nachdem der Regierungskommissar seine Zustimmung erklärt, ohne Debatte angenommen.

Zu § 2 beantragt Abg. Dirichlet die Kontingentierung beizubehalten, da sonst zu fürchten sei, daß für den Erlass der ersten und zweiten Stufe die dritte und vierte um so stärker herangezogen würden, zumal die Klassensteuer-Veranlagung meist in sehr subalternen Händen liege.

Generalsteuerdirektor Burghart erklärt sich gegen den Antrag: die Kontingentierung sei zwar für die Regierung nicht unangenehm, da sie dieselbe von dem Verdacht der Fiskalität befreie, andererseits werde aber ihre Wirkung auf die Steuereinschätzung meist überschätzt, sie trage sogar nicht selten zur Erhöhung der Steuer bei und verursache eine Masse unnötiger Arbeiten und Schereien.

Abg. Gobrecht erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag. Die Kontingentierung habe auch ihre Schattenseiten, welche sich gerade jetzt geltend machen würden. Im Jahre 1873 sei sie zweckmäßig gewesen, die damaligen Gründe lägen aber heute nicht vor.

Der Antrag Büchtemann wird darauf gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt, § 2 in der Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt § 3, welcher besagt, daß für die Erhebung von Kommunalzuschlägen zu den Steuern, sowie für die Feststellung der nach dem Maßstabe der Besteuerung geregelten aktiven und passiven Wahlberechtigungen, die bisher vorgeschriebenen Steuersätze auch für die zwei untersten Stufen maßgebend bleiben.

Abg. Sack (kons.) macht darauf aufmerksam, daß hierin ein Widerspruch gegen Art. 71 der Verfassung liegt, welcher sagt: „Die Wähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt u. s. w.“

Abg. v. Bitter erwidert, daß nach der Verfassung die Verordnung vom Mai 1849 für die Wahl zum Landtage gilt. Wenn man diese Verordnung nicht für einen integrierenden Theil der Verfassung halten wolle, sei eine Verfassungsänderung nicht notwendig.

Abg. Enneccerus: Art. 71 der Verfassung läßt eine doppelte Auffassung zu, daß unter den zu entrichtenden Staatssteuern einmal die Steuerleistung und dann die Steuerfähigkeit als Anhalt für ein Urtheil über die Bildung des Wählers gemeint sei. Die Praxis entscheidet sich für das Letztere.

Abg. Dr. Windthorst: Wenn man die Worte wörtlich und nicht nach ihrem Sinn aufsaßt, scheint allerdings das Bedenken des Abg. Sack gerechtfertigt. Wenn man aber so vorgehen wolle, so bestünde das Abgeordnetenhaus selbst nicht zu Recht. Im Uebrigen trifft zu, was Abg. v. Bitter ausgesprochen hat. Das einzige Bedenken ist, ob die Verordnung von 1849 abgeändert werden kann, da sie durch die Verfassung bis zum Erlass eines neuen Wahlgesetzes sanktionirt worden ist.

Abg. v. d. Red.: Man muß sich an den Wortlaut der Verfassung halten. Es ist altes deutsches Recht: Wer keine Steuern zahlt, hat auch kein Wahlrecht. (Unruhe links.) Das darf man nicht mit Füßen treten.

Generaldirektor Burghart: Eine Erörterung hat im Schooße der Regierung über diese Angelegenheit nicht stattgefunden, denn wenn man diesen § 3 als Verfassungsänderung ansehe, wäre auch das Gesetz von 1873, wonach die unterste Stufe aufgehoben wurde, eine solche. Dies widerspricht den Präcedenzen der preussischen Gesetzgebung.

Abg. v. Bennigsen: Ich schließe mich den Ausführungen der Herren v. Bitter, Enneccerus und Windhorst an. Da es sich aber um die ausgeworfene Frage einer Verfassungsänderung handelt, so möchte ich anheim geben, die Kommission möge diese Frage bis zur dritten Lesung prüfen und uns Bericht erstatten.

Darauf wird § 3 einstweilen angenommen, ebenso der Antrag v. Bennigsen.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden ohne Debatte nach den Kommissionsvorschlägen genehmigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf über die Reform der Einkommen- und Klassensteuer vorzulegen, kommt morgen zur Debatte.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Beratung der erwähnten Resolution, Etat des Kultusministeriums.

Schluß 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 21. Februar. Wenn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses — wie es in der That der Fall war — mit erheblichem Interesse entgegengeesehen wurde, so lag dies nicht an irgend einem Zweifel, welcher etwa über das Schicksal der auf der Tagesordnung stehenden Anträge der Kommission betrefFs der Steuervorlage obgewaltet hätte; die Annahme derselben unter Zustimmung der Regierung war sicher. Was das Interesse erregte, war die Frage, ob und wie die offenbar in der letzten Zeit wieder einmal erfolgte Verschiebung der gesamten Konstellation der inneren Politik in dieser Verhandlung zum Ausdruck kommen würde. Für den, welcher solche Symptome zu deuten weiß, geschah es auch verständlich genug. Daß nach der Rede des Finanzministers die Linke lebhaft Bravo rief und die Rechte wiederholt zischte, mußte sogar auch den Ununterrichtesten frappiren; aber es gab noch andere, kleine Anzeichen von der nämlichen Bedeutung, z. B. das unverkennbare Selbstbewußtsein, mit welchem die kurze Rede Bennigsen's gehalten wurde, und die ebenso unverkennbare Unruhe und peinliche Empfindung, die während dieser Rede Herrn Windhorst erfüllte, so wie das vergebliche Bemühen des Letzteren, nachher in seiner eigenen Rede durch eine äußerst triviale Wichtigkeitserei die Thatfache zu verhüllen, daß augenblicklich mit dem Zentrum wieder gar nicht, von keiner Seite, gerechnet wird. Herrn Windhorst wird es vermutlich nicht unbekannt geblieben sein, daß in der vorigen Woche zwischen Bennigsen und dem Reichskanzler — seit langer Zeit zum ersten Male wieder — eine Besprechung stattgefunden hat. Die Gerüchte von der Wiederaufnahme der „Verhandlungen von 1878“ waren ein, natürlich ganz werthloses Echo dieser Thatfache, die aber, wenngleich sie zu derartigen Schlußfolgerungen nicht den geringsten Grund darbietet, doch ihre Bedeutung zur Charakteristik der politischen Lage behält, besonders da auch die sonstigen Momente derselben in der nämlichen Richtung zu deuten sind. Das Gerücht, daß die Session des Landtages vielleicht schon Ostern geschlossen werden würde, so daß die beabsichtigte Nachsession nach Pfingsten nicht stattfinden würde, ist durch Erwägungen entstanden, welche innerhalb der Regierung, und zwar dem Anschein nach auf speziellen Antrieb des Fürsten Bismarck stattgefunden haben und die noch nicht abgeschlossen sind; es wird wohl besonders darauf ankommen, ob sich bis Ostern außer dem Etat auch die Vorlage über die neuen Eisenbahnbauten erledigen läßt; ist das thöulich, so wird der Schluß der Session zu Ostern an Chancen gewinnen; die Bedeutung desselben für die politische Situation aber läge darin, daß speziell die Verwaltungsgesetze des Hrn. v. Puttkamer gar nicht mehr zur Plenarverhandlung kämen, diese Entwürfe, auf welche dasjenige Mitglied der Regierung, welches in ihr der Hauptrepräsentant der konservativ-kerikalen Tendenzen ist, so stolz ist. Um auf die heutige Verhandlung zurückzukommen, so war die Erklärung, des Finanzministers Namens der Regierung — in der Kommission hatte er ausdrücklich nur für sich persönlich gesprochen —, daß von der fünften Stufe der Klassensteuer an die direkte Personalbesteuerung in verbesserter Form beibehalten werden soll, die Grabrede für die extravaganten Steuerreform-Projekte der letzten Jahre, während andererseits Bennigsen's Anerkennung der Thatfache, daß in Preußen zur Entlastung der Kommunen und zur Erfüllung wichtiger Staatsbedürfnisse mehr Geld erforderlich sei, ein eben solches Zugeständnis an den Kanzler war, wie die vorherige Erklärung des Finanzministers ein solches an die Liberalen. In dieser Situation mußten diejenigen Konservativen, welche unter Herrn v. Hammerstein's Führung mit kerikaler Hilfe „konservative Reformpolitik“ hatten treiben wollen, sich allerdings sehr unbehaglich fühlen, und man konnte das Mißgefühl theilen, in welchem Herr v. Bennigsen erklärte, dem abziehenden Feinde die Rückzugs-Kanonade nicht führen zu wollen.

Der Bundesrath hat in einer heute abgehaltenen Plenarsitzung seine Zustimmung zu dem Erlaß einer kaiserlichen Verordnung, betr. das Verbot der Einfuhr von Schweinen, Schweinefleisch u. s. w. erteilt. Die Verordnung soll 30 Tage nach Publikation im Reichsgesetzblatt in Kraft treten.

I. Stadtverordnetenversammlung

am 21. Februar.

Anwesend sind 29 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodny, Dr. Buski, Garski, Fontane, Dr. Friedländer, Gerhardt, Gläsel, Herz, Nadel, Jaffe, v. Jazdowski, Kantorowicz, Kirsten, Klemme, König, Kronthal, Dr. Landsberger, Lange, Bissner, Manheimer, Mich, Müller, Orgler, Prausnitz, Röfel, Rosenthal, Schweiger, Tschuschke, Ziegler. Von Magistratsmitgliedern sind anwesend: Bürgermeister

Herse, Stadtrathe Andersch, v. Ghebowski, Stadtbaurath Grüber, Kantorowicz, Lappe, Schmidt. Den Vorsitz führt Stadtverordneter B. Jaffe. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten.

Ueber die Kammereikassen-Rechnung pro 1881/82 berichtet im Namen der Finanzkommission Stadtverordneter Kronthal, und wird gemäß dem Antrage desselben die Decharge erteilt, vorbehaltlich jedoch der nachträglichen Dechargirung der Armenetats und der Aufklärung über zwei noch nicht klar gestellte Punkte.

Es wird hierauf in die Beratung über die Etats pro 1883/84 eingetreten. Ueber die Feststellung des Etats für die Stadtschulden-Verwaltung berichtet Stadtverordneter Brodny. Gemäß dem Magistrats-Antrage wird dieser Etat folgendermaßen festgestellt: Einnahme und Ausgabe balanziren mit 126,450 M. (gegen 126,559 M. im Vorjahre). Die Einnahmen betragen: an Zinsen von Forderungen und Werthpapieren 21,984 M. (gegen 32,771 M. im Vorjahre), aus anderen Fonds 104,466 M. (gegen 93,788 M. im Vorjahre); die Ausgaben: an Zinsen und Amortisation 126,450 M. (gegen 126,559 M. im Vorjahre), und zwar 85,253 M. an die Verwaltung des Reichs-Invaliden-Fonds als 4 1/2 Proz. Zinsen von dem Restdarlehen von 1,894,500 M. pro 1883; 38,497 M. an Amortisation und Zinsersparnis für ein Jahr; 2700 M. an die königl. Regierungshauptkasse als 3 Proz. Zinsen von dem, vom Kaiser zum Neubau des Stadtheaters gewährten Darlehen von 90,000 M.

Ueber die Feststellung der Etats für die offene Armenpflege, die Krankenhaus-Verwaltung, die Hospital-Verwaltung berichtet Stadtverordneter Manheimer. Der Etat für die offene Armenverwaltung wird in Einnahme und Ausgabe auf 127,105 M. (gegen 110,537 M. im Vorjahre) festgestellt. Die Einnahme beträgt danach: 10,082 M. an Zinsen, 36 M. an Wachtgeldern, 102,187 M. (gegen 87,449 M. im Vorjahre) an Zuschüssen, 11,650 M. an wiedererzogenen Kosten, 3150 M. Insgesamt. Die Ausgabe ist folgende: an Miete und Abgaben 1092 M., an Geldunterstützungen 96,753 M. (gegen 83,535 M. im Vorjahre), und zwar 70,000 M. (gegen 60,000 M. im Vorjahre) an laufenden Unterhaltungen, 2178 M. an Unterhaltung an hilfsbedürftige Wittwen und Waisen städtischer Beamten und Lehrer, 24,500 M. (gegen 22,000 M. im Vorjahre) an Pflegegeldern für verlassene Kinder; an Naturalunterstützungen 5960 M. (gegen 5060 M. im Vorjahre), und zwar 4300 M. an Bekleidungskosten für arme Kinder, 1000 M. (gegen 100 M. im Vorjahre) zu Büchern und Schreibmaterialien u. s. w.; 7450 M. (gegen 7400 M. im Vorjahre) für offene Armen-Krankenpflege, davon 3400 M. für Arzneimittel; 550 M. an Beerdigungskosten städtischer Armen; 14,600 M. (gegen 12,500 M. im Vorjahre) an Armenpflegekosten für auswärts unterstützte Armen, davon 9000 M. für die in Dönnitz untergebrachten Irren; 700 M. Insgesamt. Der Referent der Finanzkommission weist auf den vorjährigen Beschluß der Versammlung hin, durch welchen der Magistrat ersucht wurde, eine Vorlage wegen Einführung des Elberfelder Systems der Armenpflege zu machen, und legt diese Angelegenheit dem Magistrat nochmals ans Herz; auch bezeichnet er es als wünschenswerth, daß die Armenbezirksvorsteher zu allmonatlichen Sitzungen behufs Austausches der von ihnen gemachten Erfahrungen berufen werden. Die Versammlung schließt sich diesen Wünschen an.

Der Etat der Krankenhaus-Verwaltung wird in Einnahme und Ausgabe auf 76,122 M. (gegen 70,292 M. im Vorjahre) festgestellt. Die Einnahme beträgt danach: 24,670 M. an Erbschaften u. s. w., 51,272 M. (gegen 47,862 M. im Vorjahre) Zuschuß aus der Kammereikasse, 180 M. unvorhergesehene Einnahmen; die Ausgabe: persönliche Verwaltungskosten 12,396 M., sächliche Verwaltungskosten 23,566 M., davon 17,800 M. Miethsanschlag, 3400 M. für Neubeschaffungen; 4860 M. für Hausbedürfnisse; 30100 M. (gegen 26,000 M. im Vorjahre) für Speisungskosten; 3700 M. für Behandlungskosten; 1100 M. für Beerdigungskosten; 400 M. für unvorhergesehene Ausgaben. Bei Feststellung der persönlichen Verwaltungskosten werden die vom Magistrat beantragten 1000 M. für einen Assistentenarzt abgelehnt. Es wird ferner bei der Diskussion die Frage aufgeworfen, ob es sich nicht empfehlen würde, dem Lazareth-Inspektor zur Ausbülfe in Krankheitsfällen u. s. einen Assistenten zur Seite zu stellen, ferner: statt zweier Anstaltsärzte nur einen Oberarzt und zwei Assistenten anzustellen und eine Ambulanz-Station im Krankenhaus einzurichten; doch werden Anträge nach dieser Richtung nicht gestellt. Bei Feststellung der Gehälter wird eine persönliche Zulage von bisher 150 M. auf 300 M. erhöht.

Der Etat der Hospitalverwaltung balanzirt nach der Feststellung in Einnahme und Ausgabe mit 14,940 M. (gegen 14,390 M. im Vorjahre); der Zuschuß aus der Kammereikasse wird auf 14,560 M. (gegen 13,765 M. im Vorjahre) festgestellt. Die persönlichen Verwaltungskosten betragen 680 M., die sächlichen Verwaltungskosten 5800 M., die Hausbedürfnisse 8360 M., sonstige Aufwendungen für Hospitalisten 70 M. u. s.

Ueber den Etat für die Linsenstiftung zur Speisung der Armen berichtet Stadth. Rosenfeld; danach balanzirt dieser Etat in Einnahme und Ausgabe mit 2964 M.

Der Etat für die Waisenspflege, über welchen gleichfalls Stadth. Rosenfeld berichtet, wird in Einnahme und Ausgabe auf 19,035 M. (gegen 16,875 M. im Vorjahre) festgestellt; der Zuschuß aus der Kammereikasse beträgt danach 16,993 M. (gegen 14,352 M. im Vorjahre); die Ausgaben betragen: 4470 M. für Unterhaltung der Waisenkinder-Anstalt, 2800 M. für die Jakob'sche Waisenkinder-Anstalt, 9680 M. für Kosten der offenen Waisenspflege, 1050 M. für Bücher und Schulmaterialien.

Die Beratung und Feststellung der übrigen Etats wird nächsten Mittwoch und Donnerstag fortgesetzt werden.

Vom Herrn Oberpräsidenten ist behufs Verbreiterung der engen Marzallasse dem Magistrat folgende Offerte gemacht worden: Von dem Grundstück des ehemaligen Katharinenklosters, Ecke der Bronner Straße und Marzallasse, wird zu dem angegebenen Behufe eine Parzelle von 535 Quadratmetern unentgeltlich hergegeben werden, wenn die Stadtgemeinde die erforderlichen Kosten für den Abbruch der auf dieser Parzelle befindlichen kleinen Baulichkeiten und für etwaige bauliche Umänderungen in Gesamthöhe von ca. 2500 M. trägt. Der Magistrat empfiehlt die Annahme dieser Offerte warm, und ebenso spricht sich die Baukommission, in deren Namen Stadth. Gläsel berichtet, für dieselbe aus, da die Marzallasse auf diese Art eine Breite von ca. 12 Metern erhalten würde. Der Adjacent auf der anderen Seite der Marzallasse hat sich bereit erklärt, ohne Entschädigung den Schuttbogen über der Marzallasse, über welchem sich eine Wohnstube befindet, abzubauen, und bei einem eventuellen Bau bis zu einer bestimmten Fluchtlinie zurückzurücken; die Baukommission hält es für wünschenswerth, daß der Magistrat mit diesem Adjacenten wegen Uebernahme der Kosten für einen Theil der Pflasterung der erweiterten Straße in Verbindung trete. — Bürgermeister Herse bekräftigt die Annahme der Offerte angelegentlich und weist darauf hin, daß das Projekt der Verbreiterung der Marzallasse bereits seit mehreren Jahre ventilirt werde.

Die Versammlung beschließt den Magistrat zur Annahme der von dem Herrn Oberpräsidenten gemachten Offerte zu autorisiren, die 2500 M. für den Abbruch und die baulichen Abänderungen zu bewilligen, und dem mit dem Adjacenten abzuschließenden Vertrage beizutreten.

Von dem Magistrat ist an die Versammlung der Antrag gerichtet worden, sie möge sich damit einverstanden erklären, daß von der Bebauung des Grundstücks St. Adalbert Nr. 107 (Mühlengrundstück auf der Gr. Gerberstraße) vorläufig Abstand genommen werde. Wie Stadth. Klemme als Referent über diese Angelegenheit mittheilt, beansprucht der Mühlendächter auf diesem von der Stadt im vorigen Jahre angekauften Grundstück, dessen Kontrakt

nach bis zum nächsten Jahre läuft, 4000 M. Abstandsgehalt; der Pächter der dort befindlichen Destillation, dessen Kontrakt bis zum Jahre 1889 geht, verlangt sogar 24,000 M. Abstandsgehalt für Aufgabe der Pacht, ist jedoch bereits mit seiner Forderung auf 10,000 M. herabgegangen. Angesichts dieser hohen Forderungen beantragt der Magistrat, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß zur Zeit auf diesem Grundstück ein neues Schulgebäude, wie dies projektiert war, nicht gebaut werde. — Nachdem Bürgermeister Herse darauf hingewiesen, daß bei Ankauf des Grundstücks der Hauptzweck gewesen sei, durch Eingebühren der dortigen Wassermühle die Anstauung der Bogdanfa zu beseitigen, und daß die Errichtung eines Schulhauses auf dem Grundstück erst in zweiter Linie gestanden habe, wird von der Versammlung einstimmig beschlossen, den Magistrat zu autorisiren, von dem Bau eines Schulhauses dajelbst zur Zeit Abstand zu nehmen.

Ueber den von der Bank für Landwirtschaft und Industrie, Kwiecki, Potocki et Co., gegen die Stadtgemeinde angehängten Prozeß wegen Anspruchs auf Zinsen von einer Judikats-Forderung berichtet Stadtverordneter Orgler. Danach beansprucht die obige Bank, gegenwärtig Besitzerin des früheren Stadtrath-Außchen Grundstücks, Ecke des Alten Markts und der Jesuitenstraße, die Zinsen von den, Seitens der Stadtgemeinde als Entschädigungssumme für abgetretenes Terrain gezahlten 18,740 M. vom 21. September 1873 ab bis zum 16. September 1882, als dem Tage der Zahlung der Entschädigungssumme. Die Rechtskommission, welcher die Angelegenheit überwiesen wurde, ist nun mit Rücksicht auf § 36 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 und die vom Reichsgerichte ergangene Entscheidung vom 11. Mai 1880 der Ansicht: 1) daß die Zinsenforderung an sich begründet ist; 2) daß diese Forderung auch selbstständig eingeklagt werden kann; 3) daß dagegen die Zinsen nur von dem Zeitpunkt der Entrichtung (d. h. vom 23. Januar 1877, dem Tage des Enteignungsbeschlusses der königlichen Regierung) zu zahlen sind; 4) daß daher die Stadtgemeinde nur insoweit auf den Prozeß sich einzulassen habe, als über jenen Zeitpunkt hinaus Zinsen gefordert werden; die Rechtskommission empfiehlt daher der Versammlung, den Magistrat zu eruchen, nur innerhalb dieser ad 4) aufgestellten Einschränkung sich auf den Prozeß einzulassen. — Die Versammlung schließt sich dieser Ansicht der Rechtskommission an.

Zum Vorsteher für den 20. Armenbezirk wird gemäß dem Antrage der Wahlkommission, in deren Namen Stadth. Ziegler berichtet, Kaufmann Robert Kantorowicz gewählt.

Hiermit erreicht die Sitzung, welche 4 1/2 Uhr Nachmittags begonnen hat, nach 7 Uhr Abends ihr Ende.

Pocales und Provinzielles.

Posen, 22. Februar.

V. Eisenbahnkonferenz. Am 20. d. M. hat in Breslau eine Konferenz der Direktionen der dort einmündenden Eisenbahnen mit Vertretern der im Bahnbezirk derselben belegenen wirtschaftlichen Korporationen stattgefunden, in welcher in der Hauptsache über die Frage der Ermäßigung der Steinkohlentransporte in dem Wechselverkehr der Rechte-Ober-User-Eisenbahn mit der Posen-Kreuzburger, Dels-Gnesener und Breslau-Warschauer Bahn verhandelt worden ist. Diese Ermäßigung soll angebahnt werden zunächst durch Beseitigung der Anomalie, daß in dem gedachten Verkehr zur Zeit die vollen Lokalfachpreise einschließlich der ganzen Expeditiionsgebühren erhoben werden, während in der Regel die Expeditiionsgebühren im direkten Verkehr zweier Bahnen nur einmal, und zwar zur Hälfte für die Versands, zur anderen Hälfte für die Empfangsbahnen berechnet werden. Diese Ermäßigung soll angebahnt werden zunächst durch Beseitigung der Anomalie, daß in dem gedachten Verkehr zur Zeit die vollen Lokalfachpreise einschließlich der ganzen Expeditiionsgebühren erhoben werden, während in der Regel die Expeditiionsgebühren im direkten Verkehr zweier Bahnen nur einmal, und zwar zur Hälfte für die Versands, zur anderen Hälfte für die Empfangsbahnen berechnet werden. Diese Ermäßigung soll angebahnt werden zunächst durch Beseitigung der Anomalie, daß in dem gedachten Verkehr zur Zeit die vollen Lokalfachpreise einschließlich der ganzen Expeditiionsgebühren erhoben werden, während in der Regel die Expeditiionsgebühren im direkten Verkehr zweier Bahnen nur einmal, und zwar zur Hälfte für die Versands, zur anderen Hälfte für die Empfangsbahnen berechnet werden. Als Vertreter des landwirtschaftlichen Provinzialvereins für Posen haben die Herren Rittergutsbesitzer Tschuschke-Babin und Rittergutsbesitzer Hauptmann Döring-Gutenwerber an der Konferenz theilgenommen.

Telegraphische Nachrichten.

München, 20. Februar. Vor ausverkauftem Hause und einem distinguirten Publikum fand heute Abend um 6 1/2 Uhr im Hoftheater die Gedächtnißfeier für Richard Wagner statt. Viele Prinzen und Prinzessinnen waren anwesend, die Damen waren sämmtlich in Trauer. Die Feier begann mit dem Trauermarsch aus der Götterdämmerung, wobei der Vorhang sich langsam erhob. Zwischen den brennenden florbehangenen Randelabern und inmitten prachtvoller Palmen stand die mit einem Lorbeerkranz geschmückte Büste Wagner's; zu Füßen des florbehangenen Niebelsals lagen zahlreiche Lorbeer- und goldene Kränze. Bei den letzten Tacten des Marsches senkte sich der Vorhang wieder und es begann dann die Oper „Tristan und Isolde“, in welcher das Ehepaar Vogel, Frau Reicher-Kindermann und andere hervorragende Künstler mitwirkten. Dem Ernste der Feier angemessen verfiel das Publikum von Anfang bis zu dem 11 Uhr Abends erfolgten Schluß in lautloser, wehevoller Stimmung.

München, 21. Februar. Der König hat das Abschiedsgesuch des Inspektors der Artillerie und des Trains, General Graf Bothmer, genehmigt und an dessen Stelle den bisherigen Stadtkommandanten, Generalmajor Ritter von Rud ernannt. An Stelle des Letzteren tritt Generalleutnant v. Hedel.

Wien, 21. Februar. Wie der „Politischen Korresp.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hat das österreichisch-ungarische Kabinet seine Zustimmung zu der Ernennung Abdullah Paschas zum Votschaster in Wien ausgesprochen.

Paris, 21. Februar. Die nachstehende Zusammenfassung des Ministeriums scheint sicher: Ferry, Präsidium und Unterricht; Challemeil-Lacour, Aussenwese; Waldeck-Rousseau, Inneres; Martin Feuille, Justiz; Thibaudin, Krieg; Charles Brun, Marine; Tirard, Finanzen; Reynal, öffentliche Arbeiten; Méline, Ackerbau; Cocheret, Postwesen; Sérillon, Handel. — Die französische Expedition nach dem oberen Niger ist am 1. d. M. in Bamaku eingetroffen.

Oslo, 21. Februar. Zweite Kammer. Der Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 60 Millionen Nkr. wurde mit 59 gegen 18 Stimmen angenommen; zu demselben war ein Amendement gestellt worden, dahin gehend, daß die Anleihe eine 4prozentige sein solle mit einer jährlichen Verlosung und Amortisation von 1/2 Prozent al pari. Der Gesetzentwurf betreffend die Demonetisirung von 25 Millionen Silbergulden wurde heute eingebracht. Die Kosten für die Demonetisirung werden auf 5 Millionen geschätzt und sollen durch eine Emmission von Papiergeld gedeckt werden.

London, 21. Februar. [Unterhaus.] Ferrieres (Liberal) kündigt ein Amendement zur parlamentarischen Eidesbill an, welches dahin geht, daß dieselbe nur auf Deputirte anwendbar

Die, die nach erfolgtem Gesetzesrat gewählt werden. Die Bill hat nur einen Artikel, nach welchem es dem Erben der Mitglieder beider Häuser überlassen sein soll, anstatt der bisherigen, eine Erklärung an Eidesstatt abzugeben, in der sie auf die Eidesleistung, die Worte „ich erkläre“, „ich schwöre“, „ich schwöre“ und die Worte „so wahr mir Gott“ zugesprochen werden sollen. — Maxwell setzte die Diskussion über Gorji's Amendement zur Adressdebatte, welche schließlich auf morgen vertagt wurde. Parnell betonte sich an der Debatte nicht, was mehrfach von Rednern hervorgehoben wurde. Im Laufe der Debatte richtete O'Brien seine Angriffe gegen die tyrannische Verwaltung in Irland und bezeichnete diese und die Verhütungsakte als die Ursachen der Verbrechen in Irland.

London, 21. Februar. Wie der „Standard“ erfährt, er-
reichte die Donaukonferenz das Eintreffen von Instruktionen für
den russischen Botschafter in Betreff der Riliamündung. Der
russische Botschafter habe gestern nur ein Resümee der ihm auf
telegraphischem Wege zugegangenen Instruktionen vorgelegt. Man
erwarte, daß die Angelegenheit nicht vor Ablauf einer Woche zur
Entscheidung gelangen werde. England und Frankreich seien der
Verlängerung der Vollmachten der internationalen Donaukommis-
sion auf 20 oder 25 Jahre zugeneigt.

Rom, 21. Februar. Wie der „Agenzia Stefani“ aus
Rom gemeldet wird, hat der Appellgerichtshof gestern das Er-
kenntnis erster Instanz, durch welches die beiden der Beleidigung
des italienischen Konsulats angeklagten Personen zu 5 resp. 7
Jahren Haft verurteilt worden waren, abgeändert und gegen
den angeklagten Kapitän Stamit auf eine dreimonatliche Ge-
fängnisstrafe erkannt. Der italienische Botschafter, Graf Corti,
wie der „Agenzia Stefani“ aus Konstantinopel berichtet
wurde, entsprechend den an ihn ergangenen Weisungen auf Be-
seitigung der an den letzten Vorfällen in Tripolis Beteiligten
auf einen Akt öffentlicher Genugthuung gedrungen. Die
Regierung hat die Billigkeit dieses Verlangens anerkannt und den
Generalgouverneur von Tripolis telegraphisch angewiesen, in
dem dem italienischen Konsul einen offiziellen Besuch abzu-
geben und demselben über das Vorgefallene sein Bedauern aus-
zusprechen.

Petersburg, 21. Februar. Dem „Golos“ zufolge ist
Ernennung des früheren Bischofs von Plock Gintowt, zum
Metropolit aller katholischen Kirchen Rußlands nunmehr erfolgt.

Konstantinopel, 20. Februar. Da der französische Bot-
schafter, Marquis de Noailles, keine Instruktionen empfangen
so ist die Botschafter-Konferenz, die sich mit der Frage zu-
sammenzusetzen hat, ob Rußland Pascha Gouverneur des Libanon
sein soll, bis zur Beendigung der Ministerkrise in Frankreich
aufgeschoben worden.

Washington, 21. Februar. Der Senat hat seine Tarife
mit 42 gegen 19 Stimmen angenommen. Zu den vom
Senat angenommenen Amendements zu der Tarifvorlage gehört
Bestimmung, wonach der Zoll für galvanisiertes Eisenblech
Stahl 2 1/2 Cents pro Pfund beträgt. Die Amendements
betreffend die Erhöhung der Zölle für mehrere Sorten von
Eisen wurden abgelehnt. Gegen die Vorlage stimmten von den
Republikanern nur einer, für dieselbe stimmten von den Demo-
kraten acht.

Berlin, 22. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ veröffentlicht den italienischen Text des letzten päpstlichen
Erlasses.

Hamburg, 22. Februar. Die Bürgerchaft hat in be-
stimmter Abstimmung mit 134 gegen 13 Stimmen das bekannte
Entscheidungsprojekt bezüglich des Zollanschlusses angenommen.
Senator Petersen erklärte, es sei Grund zu der Annahme vor-
handen, daß der Senat zustimmen werde.

Paris, 21. Februar. Es verlautet, Ferry werde morgen
die Dekrete unterzeichnen lassen, durch welche die der Armee an-
gehörigen Prinzen ihrer dienlichen Funktionen enthoben werden.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserate
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 21. Februar, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Posen	764	SW	6 bedeckt	10
Wien	760	SW	2 wolfig	8
Berlin	749	SW	7 wolfig	3
Stettin	764	SW	2 bedeckt	3
Warschau	760	SW	2 bedeckt	-2
Petersburg	756	SW	6 Schnee	-8
Konstantinopel	770	SW	3 bedeckt	-14
London	777	SW	1 bedeckt	-16
Amsterdam	771	SW	4 Regen	9
Brüssel	777	SW	2 bedeckt	9
Hamburg	766	SW	4 Dunst	4
Wien	769	SW	3 Regen	5
Berlin	768	SW	3 bedeckt	2
Stettin	768	SW	2 bedeckt	-2
Warschau	767	SW	5 Schnee	-6
Petersburg	777	SW	2 bedeckt	6
Konstantinopel	772	SW	5 bedeckt	6
London	777	SW	3 bedeckt	3
Amsterdam	774	SW	1 Regen	2
Brüssel	777	SW	4 wolfig	0
Hamburg	774	SW	2 Dunst	1
Wien	769	SW	1 bedeckt	3
Berlin	776	SW	2 bedeckt	2
Stettin	773	SW	2 wolfig	0
Warschau	779	SW	3 bedeckt	7
Petersburg	775	SW	2 wolkenlos	4

1) Seegang leicht. 2) Nachts Regen. 3) Nachts Regen.
4) Nachts etwas Schnee. 5) Nachts Regen.

Scala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet:
1. Nordeuropa, 2. Südzone von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-
Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe
ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung.

Während ein Maximum des Luftdrucks von 780 mm über Süd-
frankreich erschienen ist, hat der hohe Luftdruck im Nordosten an Inten-
sität erheblich abgenommen. Dementsprechend sind über Zentraleuropa
schwache bis frische westliche und südwestliche Winde vorherrschend ge-
worden, welche in ganz Deutschland, zumal im nördlichen, beträchtliche
Erwärmung bei trübem Wetter gebracht haben, so daß nur noch in den
nordöstlichen Gebietsteilen Frostwetter herrscht. Dabei sind auf der
Westhälfte Nord- und Mittel-Deutschlands allenthalben geringe Nieder-
schläge gefallen. An der ostpreussischen Küste ist Schneewetter eingetreten.
Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seeshöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
21. Nachm. 2	762,9	SW schwach	bedeckt	+ 2,8
21. Abnds. 10	763,0	SW schwach	bedeckt	+ 3,3
22. Morgs. 6	761,6	SW mäßig	bedeckt	+ 4,0

Am 21. Wärme-Maximum: + 4,4
Wärme-Minimum: - 3,2

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Februar Morgens 1,76 Meter.
21. Mittags 1,74
22. Morgens 1,78

Telegraphische Börsenberichte.

Runde-Course.

Frankfurt a. M., 21. Februar. (Schluß-Course.) Schwach,
auf Wien, Schluß erhöht.

London Wechsel 20,457. Pariser do. 81,125. Wiener do. 170,65. R.-M.
S.-M. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 98 1/2. R.-M.-Br.-Antk.
126 1/2. Reichsbank 102. Reichsbank 147 1/2. Darmst. 153 1/2. Meining.
Bf. 93 1/2. D.-L.-B.-Bf. 708,00. Kreditaktien 260 1/2. Silberrente 67.
Kassierrente 66 1/2. Goldrente 82 1/2. Ung. Goldrente 75 1/2. 1860er Loose
120 1/2. 1864er Loose 323,80. Ung. Staatsb. 224,40. op. Ostb.-Bf. II.
94. Böhm. Westbahn 252 1/2. Elisabethb. —. Nordwestbahn 175 1/2.
Galizier 260 1/2. Franzosen 285 1/2. Lombarden 120 1/2. Italiener 89.
1877er Russen 88 1/2. 1880er Russen 71 1/2. II. Orientanl. 57 1/2. Zentr.-
Pacifc 112 1/2. Distants-Rommandit —. III. Orientanl. 57 1/2. Wiener
Bankverein 99. 5% österreichische Papierrrente 79 1/2. Buschlebrader —.
Egypter 72 1/2. Gotthardbahn 107 1/2. Türken —.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 259 1/2, Franzosen 285 1/2, Ga-
lizier 261. Lombarden 119 1/2. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —.
Egypter 72 1/2. Gotthardbahn 107 1/2.

Wien, 21. Februar. (Schluß-Course.) Schluß befestigt.
Papierrrente 78,17 1/2. Silberrente 78,65. Deuterr. Goldrente 97,00.
6-proz. ungarische Goldrente 119,95. 4-proz. ungar. Goldrente 87,90.
5-proz. ungar. Papierrrente 87,90. 1854er Loose 118,50. 1860er Loose
130,50. 1864er Loose 170,25. Kreditloose 170,75. Ungar. Prämien.
116,00. Kreditaktien 296,10. Franzosen 334,50. Lombarden 140,75.
Galizier 306,25. Reichsb.-Ostb. 143,00. Pardubitzer 151,00. Nordwest-
bahn 205,75. Elisabethbahn 212,50. Nordbahn 2730,00. Oesterreich.
ungar. Bank —. Türken Loose —. Unionbank 117,25. Anglo-
Austr. 119,50. Wiener Bankverein 110,75. Ungar. Kredit 302,50.
Deutsche Plätze 58,55. Londoner Wechsel 119,80. Pariser do. 47,50.
Amsterdamer do. 99,10. Napoleons 9,49 1/2. Dukaten 5,63. Silber
100,00. Marknoten 58,60. Russische Banknoten 1,18 1/2. Bemberg-
Gzeronowich —. Kronpr.-Rudolf 165,75. Franko-Loose —. Dux-
Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthalb. 226,00. Tramway
223,00. Buschlebrader —. Deuterr. 5-proz. Papier 92,90.
Nachbörse: Ungar. Kreditaktien 306,50, österr. Kreditaktien 297,60,
Franzosen 335,00. Lombarden —, 4-proz. ungar. Goldrente —,
Galizier —, Elbthalb. —, Nordbahn —, österr. Papierrrente
—, Nordwestbahn —.

Wien, 21. Februar. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien
306,25, österr. Kreditaktien 299,10, Franzosen 335,00, Lombarden
141,00, Galizier 306,80, Nordwestbahn 206,50, Elbthalb. 226,25, österr.
Papierrrente 78,20, do. Goldrente 97,00, ungar. 6 pSt. Goldrente
120,00, do. 4 pSt. Goldrente 88,00, do. 5 pSt. Papierrrente 86,53,
Marknoten 58,55, Napoleons 9,49 1/2, Bankverein 111,00. Sehr fest.
Paris, 21. Februar. 3-proz. Rente 80,10, Credit foncier —,
Anleihe von 1872 115,30, Italiener 88,25, österr. Goldrente —,
Türken 12,02 1/2, Türkenloose —, Spanier inter. —, do. neue Spanier
—, Ungar. Goldrente —, Egypter 364,00, 3-proz. Rente —,
1877er Russen —, Franzosen 708,75, Lombarden 303,75, Banque otto-
mane 735,00. Suezkanal-Aktien 2222. Fest.

Paris, 21. Februar. (Schluß-Course.) Fest.
3-proz. amortisib. Rente 80,77, 3-proz. Rente 80,22 1/2, Anleihe
der 1872 115,35, Italien 5-proz. Rente 88,40, Oesterreich. Goldrente
83 1/2, 6-proz. ungar. Goldrente —, 4-proz. ungar. Goldrente 74 1/2.
5-proz. Russen der 1877 90 1/2, Franzosen 707,50, Lombard. Eisen-
bahn-Aktien 302,50, Lombard. Prioritäten 284,00, Türken der 1865
12,05. Türkenloose 54,80, III. Orientanleihe —.
Credit mobilier 360,00, Spanier neue 62 1/2, do. inter. —, Suez-
kanal-Aktien 2250,00, Banque ottomane 737,00, Union gen. —, Credit
foncier 1267,00, Egypter 363,00, Banque de Paris 1013, Banque
descompte 547,00, Banque hypothecaire —, Lond. Wechsel 25,24,
5-proz. Rumänische Anleihe —.

London, 21. Februar. Consols 102 1/2, Italien 5-prozentige Rente
87 1/2, Lombarden 12, 3-proz. Lombarden alte —, 3-proz. do. neue —,
5-proz. Russen der 1871 86, 5-proz. Russen der 1872 85 1/2, 5-proz. Russen
der 1873 84 1/2, 5-proz. Türken der 1865 11 1/2, 5-proz. fundirte Ameri-
kan 106 1/2, Oesterreichische Silberrente —, do. Papierrrente —, 4-proz. Un-
garische Goldrente 73 1/2, Deuterr. Goldrente 82, Spanier 61 1/2, Egypter
71 1/2, Ottomanbank 19 1/2. Rubig.
Silber 50 1/2. Markdiskont 3 1/2 pSt.
In die Bank fließen heute 16,000 Pfd. Sterl.
Petersburg, 21. Februar. Wechsel auf London 23 1/2, II. Orient-
anleihe 91 1/2, III. Orientanleihe 91 1/2.
Newyork, 20. Februar. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/2,
Wechsel auf London 4,82 1/2, Cable Transfers 4,85 1/2, Wechsel auf Paris
5,20, 3-prozentige fundirte Anleihe 103 1/2, 4-prozentige fundirte Anleihe
von 1877 119 1/2, Erie-Bahn 34 1/2, Central-Pacific-Bonds 113 1/2,
Newyork Centralbahn-Aktien 124 1/2, Chicago- und North Western-Eisen-
bahn 143 1/2.
Geld leicht, für Regierungsbonds 2, für andere Sicherheiten
3 Prozent.

Produkten-Curse.
Wien, 21. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen biefiger loco 19,50,
fremder loco 20,50, per März 19,55, per Mai 19,85, per Juli 20,15.
Koggen loco 14,50, pr. März 14,25, per Mai 14,50, per Juli 14,65.
Hafer loco 14,00. Rüböl loco 39,00, pr. Mai 38,80, per Oktober
32,00.
Hamburg, 21. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen loco unveränd.,
auf Termine rubig, per April-Mai 183,00 Br., 182,00 Gd., per Mai-
Juni 186,00 Gd., 185,00 Br. — Roggen loco unverändert, auf Ter-
mine rubig, per April-Mai 133,00 Br., 132,00 Gd., per Mai-Juni

133,00 Br., 132,00 Gd. Hafer u. Gerste unveränd. — Rüböl matt, loco
78, per Mai 77,50. — Spiritus fest, per Februar 41 1/2 Br., per
März-April 41 Br., per April-Mai 40 1/2 Br., per Juni-Juli 41 1/2 Br.
— Raffee rubig, Umfah 3000 Sacd. — Petroleum fest, Standard white
loco 7,65 Br., 7,55 Gd., per Februar 7,55 Gd., per August-Dezember
7,40 Gd. Wetter: Nebel.

Bremen, 21. Februar. Petroleum. (Schlußbericht.) Steigend.
Standard white loco 7,45, per März 7,45, per April 7,60, per Mai
7,70 a 7,75, per August-Dezember 8,30 a 8,35. Alles bezahlt.

Wien, 21. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,15
Gd., 10,20 Br., per September-Oktober 10,50 Gd., 10,55 Br. Roggen
per Frühjahr 7,65 Gd., 7,67 Br. Hafer per Frühjahr 6,85 Gd., 6,90
Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,82 Gd., 6,85 Br.

Wien, 21. Februar. Produktenmarkt. Weizen loco schwacher
Verkehr, per Frühjahr 9,55 Gd., 9,60 Br., per Herbst 10,17 Gd.,
10,20 Br. — Hafer per Frühjahr 6,40 Gd., 6,43 Br., Mais per Mai-
Juni 6,28 Gd., 6,30 Br. Rohrtraps pr. Aug.-September 13 1/2.

Paris, 21. Februar. Rohrzucker 88° loco rubig, 50,00 a 50,25.
Weißer Zucker rubig, Rr. 3 pr. 100 Kilogr. per Februar 58,10, per
März 58,30, per März-April 58,60, per Mai-August 60,10.

Paris, 21. Februar. Produktenmarkt. (Schlußbericht.) Weizen
rubig, per Februar 26,40, per März 26,50, per März-Juni
27,00, per Mai-August 28,00. — Roggen rubig, per Februar 15,75, per
März-August 17,50. — Weizen 9 Marques rubig, per Februar 59,90, per
März 60,00, per Mai-Juni 60,40, per Mai-August 60,80. — Rüböl
fest, per Febr. 106,50, per März 107,25, per Mai-August 100,50,
per Sept.-Dez. 83,00. — Spiritus fest, per Februar 50,50, per März
51,00, per Mai-August 53,00, per September-Dezember 52,00. Wetter:
Schön.

London, 21. Februar. An der Küste angeboten 7 Weizenladungen.
Wetter: Milde.

London, 21. Februar. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.)
Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 35,600, Gerste 1500,
Hafer 33,100 Orts.

Weizen, Gerste und Mais fest, Hafer träge, Mehl unverändert.
London, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)
Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 35,600, Gerste 1520,
Hafer 33,120 Orts.

Weizen träge zu letzten Montagspreisen gehandelt. Angekommene
Ladungen sehr rubig, Mais und Gerste fest, Hafer träge, Mehl rubig.
Glasgow, 21. Februar. Roheisen. (Schluß) Mied number
warrants 47 sh. 3 d.

London, 21. Februar. Savannazucker Nr. 11 22 nominell.

London, 20. Februar. Zu der heute eröffneten Vollauction
waren 6082 B. angeboten. Die Auktion war gut besucht, gute Kon-
kurrenz, Preise wie beim Schluß der letzten Auktion.

Wien, 20. Februar. (Getreidemarkt.) Fremder Weizen 1 sh.
höher gegen letzte Woche. — Wetter: Schön.

Liverpool, 21. Februar. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muths
maßlicher Umfah 8000 Ballen. Rubig. Tagesimport 30,000 Ballen,
davon 26,000 B. amerikanische.

Liverpool, 21. Februar. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umfah
8000 Ballen, davon für Spekulation und Export 1000 Ballen.
Unverändert. Rüböl, amerikanische Mai-Juni-Lieferung 54 1/2, Juni-
Juli-Lieferung 53 1/2, August-September-Lieferung 53 1/2.

Amsterdam, 21. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen
auf Termine niedriger, pr. März 272, pr. Mai —. Roggen loco
fester, auf Termine unverändert, pr. März 169, pr. Mai 169. Raps
pr. Frühjahr —, pr. Herbst —. Rüböl loco 44 1/2, pr. Mai 44,
pr. Herbst 36 1/2.

Amsterdam, 21. Februar. Bancazinn 57 1/2.

Antwerpen, 21. Februar. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffi-
nirtes Ende weiß, loco 19 1/2 bez. Br., per März 19 bez., 19 1/2 Br.,
per April 19 bez. 19 1/2 Br., per September-Dezember 20 1/2 Br. Fest.
Newyork, 20. Februar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork
10 1/2, do. in New-Orleans 9 1/2, Petroleum Standard white in Newyork
7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in New-Orl.
6 1/2, do. Pipe line Certifikates 1 D. 00 C., Mehl 4 D. 30 C.,
Rother Winterweizen loco 1 D. 25 C., do. pr. Februar 1 D.
24 1/2 C., do. pr. März 1 D. 24 1/2 C., do. pr. April 1 D. 26 1/2 C.,
Mais (New) — a 74 1/2 C. — Zucker (Fair refining Moscowvados) 6 1/2,
Raffee (fair-Rio) 8 1/2, Schmalz Marke (Wilcox) 11 1/2, do. Warb. 12,
do. Robe u. Brothers 11 1/2. Speck (short clear) 10 1/2. Getreidefracht
nach Liverpool 6 1/2 D.

Stettin, 21. Februar. [An der Börse.] Wetter: Trübe
und regnig. + 2° R. Barometer 28,5. Wind: SW.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilogr. loco gelber 165 bis
183 Mark, weißer 166—184 Mark, geringer und feuchter 115—164 Mark,
per April-Mai 187,5—189—188,5 Mark bez., per Mai-Juni 189 bis
191 Mark bez., per Juni-Juli 191,5 Mark Br. u. Gd., per Juli-August 193,5
Mark Br., per September-Oktober 196 Mark bezahlt. — Roggen
schwanfend, per 1000 Kilogr. loco inländischer 120—126 Mark, geringer
und feuchter 100—118 Mark, per Februar-März 132 Mark Br., per April-
Mai 134—133—135—134 Mark bez., per Mai-Juni 135,5—136 Mark bez.,
per Juni-Juli 138 Mark bez., per Juli-August 139—140 Mark bez., per
September-Oktober 142 Mark Br. — Gerste unverändert, per 1000
Kilo loco Märker, Oberbruch und Pommersche 113—118 Mark, geringe
100—110 Mark, feine Qualität 120—140 Mark. — Hafer rubig, per
1000 Kilogr. loco Pommerscher 100—117 Mark. — Winterweizen
matt, per 1000 Kilogr. per April-Mai 303 Mark Gd., per September-
Oktober 280 Mark bez. — Wintertraps per 1000 Kilo — Mark. —
Rüböl niedriger, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinmengen
flüssiges 78 Mark Br., per Februar 77,5 Mark Br., per April-Mai 77 Mark
bez., per September-Oktober 62,5 Mark Br. — Spiritus behauptet,
per 10,000 Liter — pSt. loco ohne Faß 51,8 Mark bez., kurze Lieferung
ohne Faß — Mark bez., mit Faß — Mark, per Februar 51,9 Mark Br.,
per April-Mai 53,1 Mark Br. u. Gd., per Mai-Juni 53,6 Mark Br.
u. Gd., per Juni-Juli 54,3 Mark Br. u. Gd., per Juli-August 54,8
Mark bez., 54,9 Mark Br. u. Gd., per August-September 55,3 Mark Br.
u. Gd., per Septbr. — Mark. — Angemeldet: Nichts. — Regulirungs-
preise: Weizen — Mark, Roggen 132 Mark, Rüböl — Mark. Rüböl
77,5 Mark, Spiritus 51,0 Mark. — Petroleum loco 8,65 Mark trans.
bez., Regulirungspreis 8,65 Mark tr., alte Ufens — Mark tr. bez.

Geutiger Landmarkt: Weizen 172—185 Mark, Roggen 128—135 Mark,
Gerste 105—122 Mark, Hafer 120—125 Mark, Erbsen 145—175 Mark.
Winterweizen — Mark, Kartoffeln 54—60 Mark, Senf 1,75—2,25 Mark.
Stroh 15—18 Mark.
(Office-Stg.)

Zoologischer Garten.
Nur einige Tage!
Im Freien:
Aufstellung
einer vom nördlichen Polar-Meer gekommenen
Samojeden-Karawane,
mit Rennthieren, sibirischen Hunde-Schlitzen, Zelten, Polarmoos,
Waffen, Hausgeräthen u. s. w.
Geöffnet täglich von 1 Uhr Nachmittags bis 6 Uhr Abends;
Sonntag auch Vormittags.
Eintrittsgeld 50 Pfg., Kinder und Militär vom Feldwebel abwärts
die Hälfte. Eintrittsgeld für Vereinsmitglieder 30 Pfg., Kinder die
Hälfte. Das Vorgehen der Mitgliedskarte ist erforderlich.

Produkten-Börse.

Berlin, 21. Februar. Wind: S.O. Wetter: Naf.
Die auswärtigen Nachrichten lauteten heute weniger klar, als der gestrige Verkehr hier verlaufen, und überdies war die Witterung nicht dazu angethan, der rückgängigen Bewegung Vorschub zu leisten. Der Markt verlief deshalb heute eher fester.
Loco-Weizen fortgesetzt reichlich angeboten, ging schwerfällig ab. Für Termine zeigte sich anfänglich mannigfache Kauflust, welche theilweise etwas höhere Notirungen veranlasste. Im weiteren Verlaufe erlangte indes das Angebot die Oberhand, weshalb alle Sichten genau wie gestern schlossen.
Loco-Roggen fand zu unveränderten Preisen mühselig Unterkommen. Im Terminverkehr verhielt sich die heute hauptsächlich maßgebende Plafspekulation im Verlaufe reservirt, während andererseits die weniger freundliche Witterung zu vereinzelter Spekulationskäufen Anlaß gab. Bei fester Tendenz haben deshalb alle Sichten eine kleine Besserung erfahren und der Schluß blieb fest.
Loco-Hafer vernachlässigt. Termine preisstehend. Roggenmehl fester. Mais wenig verändert. Rübsöl litt in der ersten Markthälfte durch winzige Offerten, nach deren Erledigung der Markt wie gestern in fester Haltung schloß.
Petroleum schwach preisstehend. Spiritus in effektiver Waare ziemlich stark zugeführt, fand für Reporthede zu unverändertem Preise schlanke Aufnahme. Der Terminhandel befandete feste Haltung und haben alle Sichten eine Kleinigkeit an Werth gewonnen, aber der Umsatz blieb ohne Belang.
(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 120-122 Mark nach Qualität, polnische Mittelwaare 172,5 ab Bahn, per diesen Monat

— bez., per April-Mai 184,5-185 bezahlt, per Mai-Juni 187-187,5 bis 187 bezahlt, per Juni-Juli 190-189,15 bez., per Juli-August 191 bez., per August-September — bez., Sept.-Oktob. 193,5-193 bez. — Gefündigt — Str. Ründigungspreis — R. per 1000 Kilogr.
Roggen per 1000 Kilogramm loco 115-137 nach Qualität, inländ. klammer 115-123, mittelguter 128-132, feiner 133-135, exquiter 138 ab Bahn bez., per diesen Monat und Februar-März 136 nom., per April-Mai 138-138,25 bez., per Mai-Juni 138,75 bis 139,25 bezahlt, per Juni-Juli 140,5-141 bezahlt, per Juli-August — bezahlt. Gefündigt — Str. Ründigungspreis — Mark per 1000 Kilogr.
Hafer per 1000 Kilogramm loco 112-150 nach Qualität, per diesen Monat —, feiner lothpreußischer 132,5 ab Bahn, per April-Mai 122,5 bezahlt, per Mai-Juni 123,5 nom., per Juni-Juli — Br. — Geld. — Gefündigt — Zentner. — Ründigungspreis — R. per 1000 Kilogr.
Mais loco 140-145 nach Qualität, per diesen Monat — M. Donauais — R. per April-Mai 139 bezahlt. — Gefündigt —, Str. Ründigungspreis — R. per 1000 Kilogr.
Erbsen Kochwaare 150-220, Futterwaare 135-145 per 1000 Kilogramm nach Qualität.
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert infl. Sad per diesen Monat 19,80-19,85 bez., per Februar-März 19,75-19,80 bezahlt, per April-Mai und Mai-Juni 19,95-19,20 bez., per Juni-Juli 20,15-20,20 bez. Gefündigt 500 Zentner.
Weizenmehl Nr. 00 26,50-24,75, Nr. 0 24,50-22,75, Nr. 0 u. 1 22,00-21,00. — Roggenmehl Nr. 0 21,50-20,50, Nr. 0 u. 1 20-18,75. Feine Rationen über Notiz bezahlt.
Rübsöl per 100 Kilogramm loco mit Faf —, ohne Faf — bez.,

per diesen Monat und per Februar-März — bezahlt, per April-Mai 78,6-79 bezahlt, per Mai-Juni 77 Mark bezahlt, per Juli-August — bez., per September-Oktob. 61,6-61,9 bezahlt. Gefündigt — Zentner.
Petroleum, raffiniertes (Standard white) per Str. mit Faf von 100 Str., loco — bezahlt, per diesen Monat 24 M. bez., per Februar-März 23,9 bez., per März-April 23,8 M. bez., per April-Mai — M. — Gefündigt — Zentner.
Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter loco ohne Faf 52,4-52,3-52,4 bez., loco mit Faf — bez., per April-Mai und per Februar-März 52,5 nom., per April-Mai 53,5-53,8-53,7 bezahlt, per Mai-Juni 53,8-54 bezahlt, per Juni-Juli 54,7-54,9 bez., per Juli-August 55,5-55,8-55,7 bez., per August-September 55,8-55,9 bez., per Sept.-Oktob. — bez. Gefündigt — Liter.
Bromberg, 21. Februar. Bericht der Handelskammer.
Weizen ruhig, hochbunt und glatt feiner 175 — hellbunt gute mittlere Qualität 150-170 Mark, abfallende Qualität 118 — 140 Mark. — Roggen matt, loco inländischer 121-123 Mark, mittlere Qualität 118 — 120 Mark, abfallende Qualität 112 — 116 Mark. — Gerste nominell, feine Brauergerste 125-130 Mark, große und kleine Mälzergerste 110-120 Mark, Futtergerste 95-105 Mark. — Hafer loco 105-125 Mark. — Erbsen, Kochwaare 140-160 Mark, Futterwaare 115-125 Mark. — Mais, Rübsöl, Raps ohne Handel — Spiritus steigend, pro 100 Liter Prozent 49,50 — 50 Mark. — Rubelfurs 201,75 Mark.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 21. Februar. Die heutige Börse eröffnete in abgeschwächter Haltung und mit theilweise etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die Spekulation hielt sich Anfangs sehr reservirt und das Geschäft bewegte sich in bescheidenen Grenzen. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs befestigte sich die Tendenz, besonders im Anschluß an spätere günstigere auswärtige Meldungen und zugleich gestaltete sich die Geschäftstätigkeit etwas regsam.
Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Werthstand meist gut behaupten.
Die Kassaverthe der übrigen Geschäftszweige waren im Allgemeinen recht fest und theilweise auch belebt.
Der Privatdiscont wurde mit 2½ pSt. für feinste Briefe notirt.
Auf internationalem Gebiet setzten Oesterreichische Kreditaktien etwas niedriger ein, konnten sich aber später bei ziemlich lebhaftem Geschäft wieder etwas heben; Franzosen und Lombarden waren wenig verändert und ruhig.
Von den fremden Fonds sind russische Anleihen und ungarische Goldrente als fest, russische Noten als etwas besser zu nennen.

Deutsche und preussische Staatsfonds waren recht fest und belebt; inländische Eisenbahnprioritäten fest und ruhig.
Banaktien waren ziemlich fest und ruhig; Diskonto-Kommandittheile nach schwacher Eröffnung befestigt. Deutsche Bank fest.
Industriepapiere fest und theilweise belebt; die spekulationen tanwerthe: Dortmunder Union und Laurabütte lagen schwach.
Inländische Eisenbahnaktien waren fest; Marienburg-Ostpreussische Südbahn etwas besser, auch Oberschlesische fester. Hamburg und Altona-Riel matter.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.		Berlin-Dresd. St. G.		Dresd. St. G. (Elbeth.)		Nordb. Bank	
Amsterd. 100 fl. 8 L. 5 1/2		Newyork. St.-Anl. 6		Aachen-Masstrich	1	103,00 B		103,00 B		10 1/2	156,75
Brüss. u. Antwerpen 100 fr. 8 L. 4		do. do. 7		Altona-Riel	10	102,50 G		102,50 G		0	47,50
London 100 fr. 8 L. 4		Finnländ. Loose 5	47,75 B	Berlin-Dresd. 10	13,75 B	100,70 B		100,70 B		10 1/2	519,00
Paris 100 fr. 8 L. 3 1/2		Italienische Rente 5	89,00 B	Berlin-Hamburg 17 1/2	342,00 B	100,70 B		100,70 B		15	150,75
Wien 500 Kr. 8 L. 4 1/2	170,50 B	do. Tabaks-Dbl. 6		Berlin-Hamburg 17 1/2	342,00 B	100,70 B		100,70 B		14 1/2	108,75
Petersb. 100 R. 2 B. 6	202,30 B	do. Gold-Rente 4	82,90 B	Bresl.-S.-Frzbg. 4 1/2	105,50 B	101,10 G		101,10 G		12	89,50
Baris. 100 R. 8 L. 6	202,30 B	do. Papier-Rente 4 1/2	66,80 B	Dortm.-Gron.-G. 2	57,10 B	101,10 G		101,10 G		0	42,00
Geldsorten und Banknoten.		do. do. 5		Halle-Sor.-Gub. 0	27,40 B	101,10 G		101,10 G		7 1/2	119,75
Souvereigns pr. St. 20-Francs-Stück	16,22 G	do. Silber-Rente 4 1/2	66,90 G	Rainz-Ludwigsb. 3 1/2	98,70 B	101,10 G		101,10 G		5	78,50
Dollars pr. St. 4,205 G		do. 250 fl. 1854 4		Marb.-Mantfa 3 1/2	117,50 B	101,10 G		101,10 G		5	72,75
Imperial pr. St. Engl. Banknoten	20,48 B	do. Kredit. 1858 5	322,00 B	Md. Frz. Franz. 7 1/2	180,90 B	101,10 G		101,10 G		6 1/2	108,50
Frans. Banknoten	81,20 B	do. do. 1860 5	120,50 B	Rüst.-Gnschede 0	8,60 B	101,10 G		101,10 G		8 1/2	123,50
Deuts. Banknoten	170,75 B	do. do. 1864 5	323,50 B	Nordb.-Erf. gar. 0	28,60 B	101,10 G		101,10 G		4 1/2	84,50
Russ. Noten 100 R.	203,80 B	Peiser Stadt-Anl. 6	88,30 G	Obfchl. A.C.D. E. II 1/2	184,10 B	101,10 G		101,10 G		3	88,50
Zinsfuß der Reichsbank.		do. do. kleine 6	89,40 B	do. (Rit. B. gar.) 1 1/2	184,10 B	101,10 G		101,10 G		8	111,00
Wechsel 4 pSt., Lombard 5 pSt.		Poln. Pandsbriefe 5	63,10 B	Dels-Gnsen 0	29,50 B	101,10 G		101,10 G		6 1/2	147,50
Fonds- und Staats-Papiere.		do. Liquidat. 4	55,00 G	Öftr. Südbahn 0	106,00 B	101,10 G		101,10 G		5 1/2	97,00
Ostf. Reichs-Anl. 4	102,00 B	do. St.-Obligat. 6	103,10 B	Rosen-Graub. 0	28,70 B	101,10 G		101,10 G		5 1/2	121,25
Russ. Preuß. Anl. 4 1/2	103,90 G	do. Staats-Dbl. 5	84,00 B	R.-Ober- u. Bahn 9	176,50 B	101,10 G		101,10 G		3 1/2	89,80
do. do. 4	102,10 B	Russ. Engl. Anl. 1822 5		Starg. Posen gar. 4 1/2	103,10 B	101,10 G		101,10 G		6	109,10
Staats-Anleihe 4	100,90 B	do. do. 1862 5		Tilf.-Insterburg 0	27,40 B	101,10 G		101,10 G		7	123,60
Staats-Schuldsch. 3 1/2	98,30 B	do. do. kleine 5	85,50a40 B	Weim.-Gera (gr.) 4 1/2	43,50 B	101,10 G		101,10 G		8 1/2	75,75
Rur.-u. Neum. Schl. 3 1/2	99,00 B	do. do. Anl. 1871 5	85,75 B	do. 2 1/2 fonn. 2 1/2	27,90 G	101,10 G		101,10 G		5 1/2	91,90
Berl. Stadt-Oblig. 4	103,00 B	do. do. kleine 5	85,90 B	do. do. 0	19,00 B	101,10 G		101,10 G		9	130,50
do. do. 4	101,00 B	do. do. 1872 5	85,75 B	Berlin-Bahn 3 1/2	97,10 B	101,10 G		101,10 G			
do. do. 3 1/2	96,00 G	do. do. 1875 5	85,50 B	Albrechtsbahn 1 1/2	33,50 G	101,10 G		101,10 G			
Pandsbriefe.		do. do. 1876 5	85,50 B	Amst.-Rotterdam 7 1/2	145,50 B	101,10 G		101,10 G			
Berliner 5	108,60 B	do. do. 1877 5	85,50 B	Auffig.-Leptis 14 1/2	246,50 B	101,10 G		101,10 G			
do. 4 1/2	104,20 B	do. do. 1880 4	71,50 B	Baltisch (gar.) 3	52,50 G	101,10 G		101,10 G			
do. 4	100,75 B	do. do. Anleihe 1877 5	91,20 B	Böb.-Westb. (gar.) 7 1/2	126,70 B	101,10 G		101,10 G			
Landschaftl. Zentral 4	101,30 B	do. do. 1880 4	71,50 B	Dur.-Bodenbach 6	134,50 G	101,10 G		101,10 G			
Rur.-u. Neumark. 3 1/2	96,40 B	do. do. 1884 5	140,60 B	Elb.-Westb. (gar.) 5	93,75 B	101,10 G		101,10 G			
do. neue 4	92,60 G	do. do. 1866 5	137,50 B	Frans. Jof. 5	82,80 B	101,10 G		101,10 G			
do. 4	101,60 B	do. do. Bod.-Kredit 5	82,60 B	Gal. (C.-L.-B.) gr. 7 1/2	130,70 B	101,10 G		101,10 G			
R. Brandenb. Kredit 4		do. Str.-B.-Kr.-Pf. 5	71,80 B	Gotthardb. 95% (6)	108,00 B	101,10 G		101,10 G			
Ostpreussische 4	92,00 G	Schwed. St.-Anl. 4 1/2	103,50 B	Rafch.-Dbrb. 4	62,25 B	101,10 G		101,10 G			
do. 4	101,10 B	Lürk. Anl. 1865 ft.	12,70 B	Rpr.-Rudf. gar. 4 1/2	70,90 B	101,10 G		101,10 G			
Pommersche 3 1/2	92,00 G	do. Loose vollg. fr.	45,30 B	Südtich.-Limb. 6 1/2	13,75 B	101,10 G		101,10 G			
do. 4	101,70 G	Ung. Goldrente 6	102,00 B	Def. Fr. St. G. 4 1/2	571,00 B	101,10 G		101,10 G			
Posenische neue 4	100,90 G	do. do. 4	75,10 G	Def. Jomb. 4 1/2	351,00 B	101,10 G		101,10 G			
Sächsische 4	100,90 G	do. Gold-Skv.-Anl. 5	93,40 B	do. B. Clb. 5	404,00 B	101,10 G		101,10 G			
Schlesische altland. 5 1/2		do. do. 4	73,50 B	Reichenb.-Pard. 4	64,70 B	101,10 G		101,10 G			
do. Lit. A. 3 1/2		do. do. 4	223,50 G	Ruff. Stsb. (gar.) 7 1/2	132,90 B	101,10 G		101,10 G			
do. neue II. 4 1/2	102,25 B	do. St.-Eifb.-Anl. 5	96,50 B	Schwet. Unionsb. 0	54,30 G	101,10 G		101,10 G			
Westph., ritterfch. 3 1/2	92,00 G	do. Gold-Pfbb. 5	101,30 G	Südbst. p. S. i. M. 4	22,80 B	101,10 G		101,10 G			
do. do. 4	101,60 G	Hypotheken-Certifikate.		Turnau-Prager 8 1/2		101,10 G		101,10 G			
do. Neulbich. II. 4 1/2	101,00 B	D.G.-B.-Pf. r. 110 5	107,50 B	Ung.-Galg. 5	69,50 B	101,10 G		101,10 G			
do. do. II. 4 1/2	101,30 G	do. IV. rüd. 110 4 1/2	103,30 G	Var.-B. p. S. i. M. 5	76,75 B	101,10 G		101,10 G			
Rentenbriefe.		do. V. do. 100 4	95,30 B	Angerm.-Schw. 1 1/2	43,10 G	101,10 G		101,10 G			
Rur.-u. Neumark. 4	100,90 G	do. D.G.-B.-Pf. IV. V. VI. 5	103,70 B	Berl. Dresd. St. P. 0	43,40 B	101,10 G		101,10 G			
Pommersche 4	100,80 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Berl. Warf. 2	73,50 B	101,10 G		101,10 G			
Posenische 4	100,90 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Hall.-S.-Gub. 3 1/2	101,90 B	101,10 G		101,10 G			
Rhein. u. Westf. 4	100,90 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Marienh.-Mantfa 5	110,10 B	101,10 G		101,10 G			
Sächsische 4	101,00 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Münst.-Gnschede 0	20,50 B	101,10 G		101,10 G			
Schlesische 4	101,00 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Nordb.-Erfurt. 5	95,00 B	101,10 G		101,10 G			
Bayern. Anl. 1875 4	101,90 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Oberlausitzer 0	70,00 B	101,10 G		101,10 G			
Brem. do. 1880 4	101,20 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Dels-Gnsen 5	74,00 B	101,10 G		101,10 G			
Hamb. St.-Rente 3 1/2	88,50 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Öftr. Südb. 5	106,75 B	101,10 G		101,10 G			
Sächf. do. 3 1/2	81,50 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Rosen-Graub. 3	92,25 B	101,10 G		101,10 G			
Pr. Pr.-Anl. 1855 3 1/2	146,00 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	R.-Oberf. St.-P. 9	174,25 B	101,10 G		101,10 G			
Def. Pr.-Sch. 40 L. —	299,40 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Saalbach 1 1/2	83,40 B	101,10 G		101,10 G			
Bad. Pr.-Anl. 1867 4	133,50 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Tilf.-Insterb. 3 1/2	92,80 B	101,10 G		101,10 G			
do. 35 fl.-Loose 4	233,00 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Weimar-Gera 0	47,90 B	101,10 G		101,10 G			
Bayern. Pr.-Anl. 4	135,20 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Dur.-Bodenb. A. 6	126,50 G	101,10 G		101,10 G			
Braunschw. 20 Ltr. 2	99,75 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	do. do. B. 6	126,50 G	101,10 G		101,10 G			
Cöln-Mind. Pr.-A. 3 1/2	126,75 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Vom Staate erworbene Eisenb.		101,10 G		101,10 G			
Def. St.-Pr.-Anl. 3 1/2	126,60 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Berl.-Stett. St. A. 4 1/2	119,25 B	101,10 G		101,10 G			
Dtsch. G.-P.-Bibb. I. 5	119,00 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Eisenbahn-Prioritäts-Aktien		101,10 G		101,10 G			
do. do. II. Abth. 5	114,60 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Berg. Märk. I. II. E. 4 1/2	102,90 G	101,10 G		101,10 G			
Hamb. 50 Ltr.-Loose 3 1/2	186,00 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	do. III. E. v. St. 3 1/2	93,80 B	101,10 G		101,10 G			
Hamb. 50 Ltr.-Loose 3 1/2	186,00 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	do. VII. Ser. 4 1/2	102,90 G	101,10 G		101,10 G			
Reim. 7 fl.-Loose —	27,70 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	do. IX. Ser. 5	104,00 B	101,10 G		101,10 G			
Reim. 5 fl.-Pfbb. 4	117,25 B	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Berlin-Anb. A. u. B. 4 1/2	102,80 G	101,10 G		101,10 G			
Oldenb. 40 Ltr. 2	147,00 G	do. do. do. 4 1/2	102,10 B	Eisenbahn-Prioritäts-Aktien		101,10 G		101,10 G			